



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

29/2013 19.07.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 129/2013](#)

Bundesgesetz, mit dem das Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetz, das Ingenieurgesetz 2006, das Berufsausbildungsgesetz, das Maß- und Eichgesetz, das Vermessungsgesetz, das Elektrotechnikgesetz 1992, das Wettbewerbsgesetz und das Mineralrohstoffgesetz geändert werden (**Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend**)

[BGBl I 130/2013](#)

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz und das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert werden (**2. Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Bundesministerium für Gesundheit**)

[BGBl II 209/2013 \(Anhang\)](#)

Erste Verordnung der Bundesministerin für Finanzen über Leistungsangebote nach dem Transparenzdatenbankgesetz 2012 (**Erste Transparenzdatenbank-Leistungsangebotsverordnung 2013**)

[BGBl II 210/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über arbeitsmedizinische Zentren (AMZ-VO)**, die **Verordnung über sicherheitstechnische Zentren (STZ-VO)**, die **Verordnung über die Fachausbildung der Sicherheitsfachkräfte** und die **Besonderheiten der sicherheitstechnischen Betreuung für den untertägigen Bergbau (SFK-VO)**, die **Verordnung über den Nachweis der Fachkenntnisse für die Vorbereitung und Organisation von bühnentechnischen und beleuchtungstechnischen Arbeiten (Bühnen-FK-V)** und die **Fachkenntnisnachweis-Verordnung (FK-V)** geändert werden und die **Verordnung über die Gleichstellung von Bewilligungsverfahren** aufgehoben wird

[BGBl II 211/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die Verordnung, mit der den Landeshauptmännern die **Geschäfte der Durchführung der Vorwarnung gemäß den §§ 6 und 7 des Smogalarmgesetzes** übertragen werden, aufgehoben wird

[BGBl II 212/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **IG-L – Kennzeichnungsverordnung** geändert wird

[BGBl III 187/2013 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der **Tschechischen Republik** über **wechselseitige Vertretung bei der Ausstellung von Visa**

[BGBl III 188/2013 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs **Spanien** über **Beziehungen im audiovisuellen Bereich**

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 192 v 13.07.2013, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) Nr 665/2013 der Kommission vom 3. Mai 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die **Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

21.02.2013, [V 85/12](#)

Stmk BehindertenG; Stmk BehindertenG-Leistungs- und EntgeltVO; keine Gesetzeswidrigkeit der vor Inkrafttreten einer Novelle 2011 zum Stmk BehindertenG erlassenen Ordnungsbestimmung über die Höchstgrenze für die Zuerkennung von Wohnassistenz; bereits vor der Novellierung ausreichende gesetzliche Grundlage für die Beschränkung des **Leistungsumfanges der Behindertenhilfe** mittels Festlegung von Höchstgrenzen

21.02.2013, [B 1506/12](#)

FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander sowie auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch ein – auf ein **nicht rechtskräftiges strafgerichtliches Urteil** gestütztes – **Aufenthaltsverbot**; unschlüssige Feststellungen betreffend die Frage des **Bestehens eines Familienlebens** in Österreich; unzureichende Interessenabwägung

21.02.2013, [U 1633/12](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch eine **willkürliche Entscheidung des Asylgerichtshofes**; Ignorieren des Beschwerdevorbringens hinsichtlich hervorgekommener **entscheidungsrelevanter Fakten** nach dem rechtskräftig abgeschlossenen ersten Verfahren; keine Feststellungen zu den aktuellen Entwicklungen in Nigeria

21.02.2013, [U 2669/12](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch eine **willkürliche Entscheidung des Asylgerichtshofes**; keine ausreichende Auseinandersetzung mit selbst zitierten **Länderberichten** zu Tschetschenien und einer allfälligen Fluchtalternative

21.02.2013, [B 686/12 ua](#)

RechtsanwaltsO; Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Verlängerung der einstweiligen Maßnahme der **Entziehung des Vertretungsrechts** eines Rechtsanwaltes **bis zur Beendigung des Disziplinarverfahrens** infolge einer strafgerichtlichen Verurteilung wegen Urkundenfälschung sowie durch die auf die gerichtlichen Feststellungen gestützte Verhängung einer Geldbuße wegen des Disziplinarvergehens der Berufspflichtverletzung und der Beeinträchtigung von Ehre und Ansehen des Standes

21.02.2013, [G 117/12](#)

GlücksspielG; Zurückweisung eines Individualantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des GlücksspielG betreffend die **vorläufige Beschlagnahme von Glückspielautomaten** durch Organe der öffentlichen Aufsicht mangels eines unmittelbaren und aktuellen Eingriffs in die Rechtssphäre der Antragstellerin

21.02.2013, [V 36/12](#)

StraßenverkehrsO; Gesetzwidrigkeit einer Geschwindigkeitsbeschränkung in Graz mangels **Erforderlichkeit der Herabsetzung** der zulässigen Höchstgeschwindigkeit

21.02.2013, [V 72/12](#)

Stmk SozialhilfeG-Leistungs- und EntgeltV; Zurückweisung des Individualantrags einer Pflegeeinrichtung auf Aufhebung bestimmter, in einer Anlage zur Stmk SozialhilfeG-Leistungs- und Entgeltverordnung neu festgesetzter **Beträge betreffend die Hotelkomponente und den Pflegegeldzuschlag** im Hinblick auf den untrennbaren Zusammenhang der Entgeltregelungen; Unzulässigkeit des Antrags auch hinsichtlich der in eventu angefochtenen Novelle 2012

22.02.2013, [B 1116/12](#)

Nö GrundverkehrsG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Versagung der grundverkehrsbehördlichen Genehmigung** eines Liegenschaftserwerbs in einem **Zwangsversteigerungsverfahren** mangels Landwirteigenschaft des Beschwerdeführers und wegen vorhandenem Interessenten

22.02.2013, [B 358/12 ua](#)

PersonenstandsG; Entzug des gesetzlichen Richters durch Zurückweisung von Devolutionsanträgen zur Entscheidung über Berufungen gegen die Zurückweisung der Anträge auf **Ausstellung von Partnerschaftsurkunden**

22.02.2013, [B 32/13](#)

Bundes-PersonalvertretungsG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch einen Bescheid der **Personalvertretungs-Aufsichtskommission** betreffend Feststellung der Gesetzwidrigkeit der Verweigerung der Zustimmung des Dienststellenausschusses zur dienstrechtlichen Verfolgung des Beschwerdeführers wegen **unbefugter Datenabfrage aus dem PAD-System**; Legitimation des dem Dienststellenausschuss als Mitglied angehörenden Beschwerdeführers gegeben

22.02.2013, [B 1381/12](#)

Beamten-DienstrechtsG; PoststrukturG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Versetzung einer Postbeamtin** in eine Postfiliale in Gmunden und gleichzeitig **Abberufung** von der bisherigen Verwendung **als Leiterin** des Postamtes Laakirchen auf Grund einer **Organisationsänderung**

22.02.2013, [B 1130/12](#)

Beamten-DienstrechtsG; Bundes-PersonalvertretungsG; GeschäftsO des Bundesministeriums für Inneres; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Zurückweisung der Berufung gegen eine als Weisung zu qualifizierende **Verwendungsänderung eines Beamten**; **Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung** keine eigene Dienststelle, sondern organisatorische Untergliederung der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit; Zuweisung an einen anderen Arbeitsplatz innerhalb der Dienststelle keine mit Bescheid zu verfügende Versetzung

22.02.2013, [B 1174/12](#)

Beamten-DienstrechtsG; PoststrukturG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Versetzung eines Postbeamten** von der Unternehmenszentrale zum Personalamt Wien auf Grund einer **Organisationsänderung**

22.02.2013, [U 2756/12](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch eine willkürliche Entscheidung des Asylgerichtshofes; keine ausreichende Auseinandersetzung mit dem Beschwerdevorbringen, insbesondere hinsichtlich der behaupteten **anhaltenden Ausübung des christlichen Glaubens** infolge **Annahme einer Scheinkonversion** eines iranischen Staatsangehörigen zum Christentum

25.02.2013, [U 2241/12](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch **Ausweisung eines russischen Staatsangehörigen** infolge verfassungswidriger Interessenabwägung; keine ausreichende Berücksichtigung der **besonderen Schwere des Eingriffs**

13.03.2013, [U 2375/12](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch eine willkürliche Entscheidung des Asylgerichtshofes; **Fehlen von Feststellungen** zur Situation ehemaliger Mitarbeiter ausländischer Sicherheitsunternehmen in Kabul

13.03.2013, [A 9/12](#)

B-VG; Abweisung der – zulässigen – Klage eines Gemeindebediensteten auf **Rückzahlung** eines von den Bezügen des Klägers **einbehaltenen Übergenusses**

13.03.2013, [U 2185/12](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch eine willkürlich abweisende Entscheidung des Asylgerichtshofes hinsichtlich des **Status des subsidiär Schutzberechtigten**; Fehlen jeglicher Auseinandersetzung mit entscheidungsrelevanten Aspekten, insbesondere der **Sicherheitslage in der Heimatprovinz** des Beschwerdeführers in Afghanistan

13.03.2013, [B 1222/12](#)

ZivilprozessO; Wr KleingartenG; Abweisung des Antrags auf Wiederaufnahme eines mit Ablehnung abgeschlossenen Beschwerdeverfahrens betreffend **Versagung einer Baubewilligung**; vorgelegte Dokumente zur Herbeiführung einer günstigeren Entscheidung des VfGH nicht geeignet; geltend gemachte Straftatbestände teils nicht verwirklicht, teils im Gesetz nicht vorgesehen; kein Hinweis auf einen Kundmachungsmangel des Wiener Kleingartengesetzes 1996

13.03.2013, [U 1006/12](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch eine willkürliche Entscheidung des Asylgerichtshofes; **Fehlen aktueller Länderberichte** zur Situation in Afghanistan; **keine Ermittlungstätigkeit zur persönlichen Situation** des als Polizist tätigen Beschwerdeführers

13.03.2013, [U 1416/12](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan; **keine ausreichenden Ermittlungen**, insbesondere zur Lage in der Herkunftsregion

13.03.2013, [B 1325/12](#)

StaatsbürgerschaftsG; Anlassfall zu VfGH 01.03.2013, [G 106/12 ua](#)

B. Verwaltungsgerichtshof

12.06.2013, [2011/04/0161](#)

FertigpackungsVO; Inverkehrbringen eines festen Produkts mit einer **Liter-** anstatt einer **Kilogrammangabe**; im nicht weiter begründeten Beweisantrag wird vom Bf nicht konkret behauptet, dass und warum ein **Handelsbrauch** neu entstanden sein könnte

20.06.2013, [2011/06/0216](#)

Stmk BauG; baupolizeilicher Auftrag zur **Instandsetzung einer löchrigen Mauer**; die angegebene Frist bezieht sich auf die **Erneuerung einer Dachrinne**, welche **nicht vom Instandsetzungsauftrag** umfasst ist; weshalb die Dachrinne zu erneuern sei, ist den Begründungen nicht zu entnehmen; der Gemeinderat hätte in seinem abweisenden Bescheid eine neue Frist festzulegen gehabt, da die gesetzte Frist bereits abgelaufen war

20.06.2013, [2012/06/0138](#)

Ktn BauO; **Einwendungen eines Nachbarn** gegen die Errichtung einer Tiefgarage; Vorschriften über die **Verbindung zu einer öffentlichen Fahrstraße** begründen kein subjektiv-öffentliches Nachbarrecht; aufgrund des **Verlusts der Parteilstellung** hätte die belangte Behörde die erhobene Vorstellung des Nachbarn zurückweisen müssen und nicht in der Sache entscheiden dürfen

20.06.2013, [2012/06/0155](#)

Vbg BauG; Antrag auf Erteilung einer Baubewilligung für die **Errichtung eines Gebäudes** auf einem als **Freifläche-Landwirtschaft** ausgewiesenem Grundstück; die Errichtung von Gebäuden und Anlagen in Landwirtschaftsgebieten ist zulässig, soweit sie für die bodenabhängige land- und forstwirtschaftliche Nutzung einschließlich der dazu gehörenden erforderlichen Wohnräume notwendig ist

26.06.2013, [2011/01/0159](#)

Oö PolizeistrafG; Untersagung der **Verwendung eines Objektes für Prostitutionszwecke**; § 2 Abs 1 Oö PolizeistrafG hat präventiven Charakter; für die Untersagung ist es nicht erforderlich, dass mit dem Eintritt der in der Bestimmung genannten Auswirkungen sicher zu rechnen ist, vielmehr genügt eine Wahrscheinlichkeit; zu den **öffentlichen Interessen**, deren mögliche Verletzung zur Untersagung der Verwendung eines Gebäudes zu Prostitutionszwecken zu führen hat, gehört die **Einhaltung der Rechtsordnung**; eine **Bindung an einen rechtskräftigen Bescheid** einer Verwaltungsbehörde ist immer **nur innerhalb der Grenzen der Rechtskraft** gegeben

26.06.2013, [2012/03/0089](#)

TelekommunikationsG; **Versendung elektronischer Post** ohne vorherige Einwilligung des Empfängers **zu Zwecken der Direktwerbung**; für Kurznachrichten, die **neben der Authentifizierung** auch auf den **Absatz von Leistungen** gerichtet sind, kann der Werbezweck nicht verneint werden; eine Kurznachricht, die sich neben der Angabe einer Kontaktmöglichkeit auf die Bekanntgabe des Entgeltbetrages von bezogenen Leistungen beschränkt, kann nicht als zum Zweck der Direktwerbung angesehen werden

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[18.07.2013, Rs C-621/11 P, New Yorker SHK Jeans / HABM](#)

Rechtsmittel – **Anmeldung der Gemeinschaftswortmarke FISHBONE – Widerspruchsverfahren** – Ältere nationale Bildmarke FISHBONE BEACHWEAR – **Ernsthafte Benutzung der älteren Marke** – Berücksichtigung ergänzender, nicht

innerhalb der gesetzten Frist vorgelegter **Beweismittel** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 42 Abs 2 und 3 sowie Art 76 Abs 2 – Verordnung (EG) Nr 2868/95 – Regel 22 Abs 2

[18.07.2013, verb Rs C-584/10 P, C-593/10 P und C-595/10 P, Commission / Kadi](#)

Rechtsmittel – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – Restriktive Maßnahmen** gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban in Verbindung stehen – Verordnung (EG) Nr 881/2002 – **Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen** einer Person, die in eine von einem Organ der Vereinten Nationen erstellte Liste aufgenommen ist – Aufnahme dieser Person in die in Anhang I der Verordnung (EG) Nr 881/2002 enthaltene Liste – Nichtigkeitsklage – **Grundrechte – Verteidigungsrechte – Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes** – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – **Recht auf Achtung des Eigentums** – Begründungspflicht

[18.07.2013, verb Rs C-523/11 und C-585/11, Prinz](#)

Unionsbürgerschaft – Art 20 AEUV und 21 AEUV – **Recht auf Freizügigkeit und auf freien Aufenthalt – Ausbildungsförderung**, die den Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats für ein Studium in einem anderen Mitgliedstaat gewährt wird – **Mindestens dreijährige Residenzpflicht im Herkunftsmitgliedstaat vor Beginn des Studiums**

[18.07.2013, Rs C-515/11, Deutsche Umwelthilfe](#)

Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen – Richtlinie 2003/4/EG – Befugnis der Mitgliedstaaten, vom **Behördenbegriff** dieser Richtlinie **Gremien auszunehmen, die in gesetzgebender Eigenschaft handeln** – Grenzen

[18.07.2013, Rs C-501/11 P, Schindler Holding ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle – Markt für die Montage und Wartung von Aufzügen und Fahrtreppen – Haftung der Muttergesellschaft** für die Kartellvergehen ihrer Tochtergesellschaft – Holdinggesellschaft – Unternehmensinternes Befolungsprogramm (**„Compliance-Programm“**) – **Grundrechte** – Rechtsstaatliche Grundsätze bei der **Festsetzung von Geldbußen** – Gewaltenteilung, Gesetzmäßigkeitsgrundsatz, Rückwirkungsverbot, Vertrauensschutz und Verschuldenshaftung – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 23 Abs 2 – Gültigkeit – Rechtmäßigkeit der **Leitlinien der Kommission von 1998**

[18.07.2013, Rs C-499/11 P, Dow Chemical ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle – Markt für Butadienkautschuk und Emulsionsstyrol-Butadienkautschuk – Festlegung von Preiszielen, Aufteilung der Kunden durch Nichtangriffsvereinbarungen und Austausch von Geschäftsinformationen** – Zurechenbarkeit der Zuwiderhandlung – Ermessen der Kommission – Multiplikator zu Abschreckungszwecken – Gleichbehandlung

[18.07.2013, Rs C-426/11, Alemo-Herron ua](#)

Übergang von Unternehmen – Richtlinie 2001/23/EG – **Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer** – Kollektivvertrag, der zum Zeitpunkt des Übergangs für den Veräußerer und den Arbeitnehmer galt

[18.07.2013, Rs C-414/11, Daiichi Sankyo und Sanofi-Aventis Deutschland](#)

Gemeinsame Handelspolitik – Art 207 AEUV – Handelsbezogene Aspekte des **geistigen Eigentums** – Übereinkommen über die handelsbezogenen Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (**TRIPS**) – Art 27 – **Patentfähiger Gegenstand** – Art 70 – Schutz bestehender Gegenstände des Schutzes

[18.07.2013, Rs C-315/12, Metro Cash & Carry Danmark](#)

Verbrauchssteuer – Richtlinie 92/12/EWG – Art 7 bis 9 – Richtlinie 2008/118/EG – Art 32 bis 34 – **Innere Gemeinschaftliche Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren** – Verordnung (EWG) Nr 3649/92 – Art 1 und 4 – Vereinfachtes Begleitdokument – Erste Ausfertigung – **„Cash & carry“-Tätigkeit** – In einem Mitgliedstaat in den steuerrechtlich freien Verkehr übergeführte und in einem anderen Mitgliedstaat zu gewerblichen Zwecken in Besitz gehaltene Waren oder von Privatpersonen für ihren Eigenbedarf erworbene und von ihnen selbst beförderte Waren – Spirituosen – Keine Prüfpflicht des Lieferers

[18.07.2013, Rs C-313/11, Kommission / Polen](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Verordnung (EG) Nr 1829/2003 – Futtermittel – **Genetisch veränderte Lebensmittel** – Herstellung, Inverkehrbringen oder Verwendung – Nationales Verbot, das noch nicht in Kraft getreten ist

[18.07.2013, Rs C-299/12, Green Swan](#)

Verbraucherschutz – Verordnung (EG) Nr 1924/2006 – **Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel** – Art 2 Abs 2 Nr 6 – Begriff ‚**Angabe über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos**‘ – Art 28 Abs 2 – Produkte mit Handelsmarken oder Markennamen – Übergangsmaßnahmen

[18.07.2013, Rs C-265/12, Citroën Belux](#)

Art 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Richtlinie 2005/29/EG – **Unlautere Geschäftspraktiken** – Verbraucherschutz – **Kopplungsgeschäfte, die mindestens eine Finanzdienstleistung enthalten** – Verbot – Ausnahmen

[18.07.2013, Rs C-252/12, Specsavers International Healthcare ua](#)

Marken – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 Abs 1 Buchst b und c, Art 15 Abs 1 und Art 51 Abs 1 Buchst a – **Verfallsgründe** – Begriff ‚**ernsthafte Benutzung**‘ – Marke, die in Verbindung mit einer anderen Marke oder als Teil einer zusammengesetzten Marke benutzt wird – Farbe oder Farbkombination, in der eine Marke benutzt wird – Bekanntheit

[18.07.2013, Rs C-234/12, Sky Italia](#)

Fernsehen – Richtlinie 2010/13/EU – Art 4 Abs 1 und Art 23 Abs 1 – **Werbespots** – Nationale Regelung, die für **Veranstalter von Bezahlfernsehen** eine anteilmäßig kürzere Höchstsendezeit für Werbung vorsieht als für **Veranstalter frei zugänglicher Fernsehdienste** – **Gleichbehandlung** – **Freier Dienstleistungsverkehr**

[18.07.2013, verb Rs C-228/12 bis C-232/12 und C-254/12 bis C-258/12, Vodafone Omnitel](#)

Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste – Richtlinie 2002/20/EG – Art 12 – Verwaltungsabgaben, die von Unternehmen des betreffenden Sektors erhoben werden – Nationale Regelung, die Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste zur **Zahlung einer Abgabe verpflichtet, mit der die Betriebskosten der nationalen Regulierungsbehörden gedeckt werden sollen**

[18.07.2013, Rs C-211/12, Martini](#)

Landwirtschaft – Regelung über Einfuhrlizenzen – Verordnung (EG) Nr 1291/2000 – Art 35 Abs 4 Buchst c – **Sicherheiten**, die beim Antrag auf Lizenzerteilung gestellt worden sind – Einfuhrlizenz – **Verspätete Vorlage des Nachweises für die Verwendung der Lizenz** – **Sanktion** – Berechnung des einzubehaltenden Betrags – Verordnung (EG) Nr 958/2003 der Kommission – **Zollkontingente**

[18.07.2013, verb Rs C-210/11 und C-211/11, Medicom](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – Art 6 Abs 2 Unterabs 1 Buchst a und Art 13 Teil B Buchst b – **Recht auf Vorsteuerabzug** – **Investitionsgüter, die juristischen Personen gehören und zum Teil ihren Geschäftsführern für deren privaten Bedarf zur Verfügung gestellt werden** – Kein in Geld zu entrichtender Mietzins, aber **Berücksichtigung eines geldwerten Vorteils im Rahmen der Einkommensteuer**

[18.07.2013, Rs C-201/11 P, UEFA / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Fernsehen** – Richtlinie 89/552/EWG – Art 3a – **Maßnahmen des Vereinigten Königreichs in Bezug auf die Ereignisse von erheblicher Bedeutung für die Gesellschaft dieses Mitgliedstaats** – **Fußballeuropameisterschaft** – Beschluss, mit dem die Maßnahmen für mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar erklärt werden – Begründung – ex-Art 49 EG und 86 EG – Eigentumsrecht

18.07.2013, Rs C-147/12, ÖFAB

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Zuständiges Gericht** – Besondere Zuständigkeiten, ‚wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Gegenstand des Verfahrens bilden‘ und ‚wenn eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder wenn Ansprüche aus einer solchen Handlung den Gegenstand des Verfahrens bilden‘

18.07.2013, Rs C-136/12, Consiglio Nazionale dei Geologi

Art 267 Abs 3 AEUV – **Umfang der Vorlagepflicht der letztinstanzlichen Gerichte** – Art 101 AEUV – **Verhaltenskodex eines Berufsverbands**, wonach die Anwendung von Tarifen verboten ist, die nicht der Würde des Berufs entsprechen

18.07.2013, Rs C-124/12, AES-3C MARITZA EAST 1

Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 168 Buchst a und 176 – **Recht auf Vorsteuerabzug** – Ausgaben, die mit dem **Erwerb von Gegenständen und Dienstleistungen** zusammenhängen, **die für das Personal bestimmt sind** – Personal, das dem Steuerpflichtigen, der das Recht auf Vorsteuerabzug geltend macht, zur Verfügung gestellt, aber **von einem anderen Steuerpflichtigen beschäftigt** wird

18.07.2013, Rs C-99/12, Eurofit

Vorabentscheidungsersuchen – **Landwirtschaft – Gemeinsame Marktorganisation** – Verordnung (EWG) Nr 3665/87 – **Ausfuhrerstattungen – Umleitung der Ware**, die für die Ausfuhr bestimmt ist – Verpflichtung des Ausführers zur **Rückzahlung** – Keine Mitteilung von Informationen durch die zuständigen Behörden über die Zuverlässigkeit des **unter Betrugsverdacht stehenden Vertragspartners** – **Kein Fall höherer Gewalt**

18.07.2013, Rs C-78/12, Evita-K

Richtlinie 2006/112/EG – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Lieferung von Gegenständen – Begriff – Recht zum **Vorsteuerabzug** – Versagung – **Tatsächliche Vornahme einer steuerbaren Transaktion** – Verordnung (EG) Nr 1760/2000 – **System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern – Ohrmarken**

18.07.2013, Rs C-26/12, PPG Holdings

Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 17 und 13 Teil B Buchst d Nr 6 – Befreiungen – **Vorsteuerabzug – Rentenfonds** – Begriff ‚**Verwaltung von Sondervermögen**‘

18.07.2013, Rs C-6/12, P

Staatliche Beihilfen – Art 107 AEUV und 108 AEUV – **Kriterium der ‚Selektivität‘** – Verordnung (EG) Nr 659/1999 – Art 1 Buchst b Ziff i – Bestehende Beihilfe – Nationale Regelung auf dem Gebiet der **Körperschaftsteuer – Abzugsfähigkeit der erlittenen Verluste** – Keine Abzugsfähigkeit bei einem **Anteilseignerwechsel** – Genehmigung von Ausnahmen – **Ermessen der Steuerverwaltung**

B. Schlussanträge

18.07.2013, Rs C-356/12, Glatzel (GA Bot)

Richtlinie 2006/126/EG – **Mindestanforderungen an die körperliche und geistige Tauglichkeit zum Führen eines Kraftfahrzeugs** – Von Bewerbern um eine Fahrerlaubnis der **Klassen C1 und C1E** verlangte **Sehschärfe von mindestens 0,1** auf dem schlechteren Auge – Keine Ausnahme selbst für Personen, die mit beiden Augen korrekt sehen und über ein normales Gesichtsfeld verfügen – Art 20, 21 und 26 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Grundsatz der Gleichbehandlung – Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung** – Gültigkeit von Anhang III Nr 6.4 der Richtlinie 2006/126/EG

[18.07.2013, Rs C-347/12, Caisse nationale des prestations familiales \(GA Wathelet\)](#)

Soziale Sicherheit – Verordnungen (EWG) Nrn 1408/71 und 574/72 – **Familienleistungen** – **Antikumulierungsvorschriften** – Art 12, 73 und 76 der Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 10 der Verordnung (EWG) Nr 574/72 – **Elterngeld** – **Kindergeld** – **Erziehungszulage** – Berechnung des Unterschiedsbetrags – Leistungen gleicher Art

[18.07.2013, Rs C-300/12, Ibero Tours \(GA Wathelet\)](#)

Mehrwertsteuer – **Umsätze der Reisebüros** – Gewährung von **Preisnachlässen gegenüber Reisekunden, die die Provision des Reisebüros schmälern** – Bestimmung der Besteuerungsgrundlage für die Vermittlungsleistung

[18.07.2013, Rs C-218/12, Emrek \(GA Cruz\)](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen** – Verordnung Nr 44/2001 – **Verbraucherverträge** – Art 15 Abs 1 Buchst c – Auf einen anderen Mitgliedstaat ausgerichtete Tätigkeit – **Erfordernis des Vorliegens eines Kausalzusammenhangs mit der Tätigkeit des Verkäufers, die auf den Mitgliedstaat des Verbrauchers ausgerichtet ist** – Wichtiger Anhaltspunkt – Ballungsraum

[18.07.2013, Rs C-180/12, Stoilov i Ko \(GA Mengozzi\)](#)

Verschiedene Entscheidungen und Rechtsbehelfe über dieselbe Zollschuld – Zulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens – Erledigung – Rechtskraft – Art 41 und 47 der Charta – **Grundsatz der guten Verwaltung** – **Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf**

[18.07.2013, Rs C-60/12, Baláz \(GA Sharpston\)](#)

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2005/214/JI über die Anwendung des Grundsatzes der **gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen** – ‚Möglichkeit ..., die Sache vor ein auch in Strafsachen zuständiges Gericht zu bringen‘

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

12.07.2013, Beschwerde Nr. [25424/09](#), *Allen / Großbritannien*

Keine Verletzung von **Art 6 Abs 2 EMRK** (Unschuldsvermutung); Bf begehrte **Schadenersatz** für die Verbüßung einer dreijährigen **Haftstrafe** wegen Verurteilung aufgrund fahrlässiger Tötung ihres Sohnes, von der sie **freigesprochen** wurde; negative **gerichtliche Entscheidung** bezüglich Schadenersatz verletzt Bf nicht in ihrem Recht auf Vermutung der Unschuld

16.07.2013, Beschwerde Nr. [33846/07](#), *Wegrzynowski und Smolczewski / Polen*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Zeitungsartikel**, der von Gericht als **rufschädigend** beurteilt wurde, blieb für die Öffentlichkeit auf der **Internetseite** der Zeitung zugänglich; hinreichender Interessenausgleich; **vollständige Tilgung** aus dem Zeitungsarchiv wäre **unverhältnismäßig**

18.07.2013, Beschwerde Nr. [2312/08](#) ua, *Maktouf and Damjanović / Bosnien und Herzegowina*

Verletzung von **Art 7 EMRK** (Keine Strafe ohne Gesetz); **rückwirkende Anwendung** von **Strafbestimmungen** im Falle der Verurteilung der beiden Bf **Kriegsverbrecher konventionswidrig**, da bei Anwendung der geltenden Rechtsbestimmungen im Tatzeitpunkt die Verhängung milderer Strafen möglich gewesen wäre

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.